

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Scheint wöchentlich am Samstag.
vierteljährlich 50 Mk., Einzelnummer 5 Mk.
in die Reichspost-Zeitungsliste unter Nr. 50178.

Verantwortlicher Schriftleiter: Fritz Sumner
Schriftleitung und Verlagsstelle: Stuttgart, Kisteplatz 16.
Fernsprecher: Nr. 8800. - Postcheckkonto Stuttgart 6806.

Anzeigengebühr
für die sechspaltige Kolonelleite oder deren Raum 50 Mark.
Geschäftsanzeigen finden keine Aufnahme.

Gesundbeter

Reparationskommission untersucht in Berlin die den Kurs der Mark zu stabilisieren, und er seinen Händen fast stündlich schwächer und kränker. Der englische Delegierte der Reparationskommission hat vor ein paar Wochen ein Rezept ausprobiert; er hoffte, die Mark auf einen Dollarkurs von 600 stabilisieren zu können. Ein paar Tage später, als er den fortschreitenden Kräftezerfall der Papiermark sah, änderte er sich und sagte, daß er eine Stabilisierung der Mark zu einem Dollarkurs von 750 oder aber doch 1000 werde erreichen können. Der Dollar steht auf über 9000 M. Ob Bradbury noch an sein Rezept glaubt?

Mit Schmierem und Salben ist gegen Schwindsucht nicht anzukommen. Gebrechen heilt man nicht, wenn man sich nur mit ihren Erscheinungsformen befaßt. Die Krankheit der deutschen Währung ist nur der Ausdruck des Elends, das Deutschland erleiden muß, und nicht die Ursache. An die Ursache muß man mit Heilmitteln herangehen, dann verschwinden die Krankheits Symptome ganz allein.

Das Interesse der Entente an der Gesundung der deutschen Währungsverhältnisse ist das Reparationsinteresse. Man will Reparationszahlungen haben und die können mit einer ruinierten Währung nicht geleistet werden. Das fühlt man langsam selbst in Paris. Der Jammer ist nur, daß man in Paris noch immer glaubt, Deutschland ruiniere seine Währung absichtlich, um sich um die Reparationen drücken zu können. Aus den verschiedenen Angriffen gegen Deutschland geht hervor, daß man der massenhaften Produktion an deutschen Geldscheinen, der "Inflation" die Schuld am Niedergang der deutschen Währung gibt.

Inflation ist nicht ohne weiteres die Fabrikation von Geldzeichen. Jedes Land braucht eine gewisse Zahlungsmittelmenge für den normalen wirtschaftlichen Verkehr. Solange nicht über diesen natürlichen Bedarf hinaus Geldzeichen gedruckt werden, kann von Inflation nicht gesprochen werden. Wir haben aber in Deutschland keinen Überfluß an Zahlungsmitteln, sondern einen Mangel. Wir haben noch nicht soviel Noten, als zur Bewältigung des produktiven Güterverkehrs nötig ist, sondern weniger. Also haben wir keine Inflation.

Es ist auch ein Irrglaube, daß die Massenfabrikation von Banknoten schlechthin eine Verwässerung des Geldes bewirke, weil die Golddeckung dadurch verhältnismäßig immer kleiner werde. Die Golddeckung spielt überhaupt nicht die erste Rolle für den Wert eines Geldes. Vor dem Kriege betrug die Golddeckung für das Papiergeld der Reichsbank nur knapp 69 v. H. Gleichwohl wurde dieses Papiergeld überall in der Welt mit dem vollen Wert wie Goldgeld selbst in Zahlung genommen. Heute sind die Reichsbanknoten ungefähr zu 0,22 v. H. durch Gold gedeckt, aber sie werden vom Auslande (bei einem Dollarkurs von 6100) nur zu 0,07 v. H., also $\frac{1}{14}$, unter der realen Golddeckung, bewertet. Das heißt: früher war der wirtschaftliche und politische Kredit Deutschlands so stark, daß man 69 v. H. als 100 v. H. hinnahm, und heute ist er so schwach, daß man 0,22 v. H. nur als 0,07 v. H. anerkennt. In krisenhaften Zeiten eines Staates spielt die bankmäßige Deckung seiner Noten für deren Bewertung und Kaufkraft so gut wie überhaupt keine Rolle mehr. Entscheidend ist da alle in das Vertrauen in die Zukunft der Wirtschaft dieses Staates.

Da kann die Reparationskommission Rezepte schreiben, soviel sie will, und Beschwörungsformeln aller Art beten. Die deutsche Valuta wird nicht gesund und fest, wenn nicht die Ursache des mangelnden Vertrauens der Welt zur deutschen Zukunft wieder beseitigt wird. Und diese Ursache ist die Reparationspolitik. Gewiß kann mit inneren deutschen Mitteln, zum Beispiel mit der Verwendung des toten Reichsbankgoldes zu einer aktiven Währungspolitik an der Gesundung der Währung sehr wirksam mitgeholfen werden, aber das ist nur ein zusätzliches Heilmittel, das dauerhaften Erfolg nur zeitigen kann, wenn uns der Pfahl der Reparationszwangsleistungen aus dem Fleische gezogen wird.

Durch den Versailler Vertrag ist Deutschland gezwungen, wirtschaftlich wertvollster Gebirgssteile beraubt und in seiner Wirtschaftstätigkeit gefesselt worden. Seit dem Kriege mindestens ist die deutsche Wirtschaftsbilanz passiv - wir produzieren nicht mehr soviel, als unser Volk braucht. Wir werden aus diesem Grunde schon von Tag zu Tag ärmer und schwächer. Jede Goldmark Reparationszahlung und jedes Kilogramm Kohle, die wir an die Entente abliefern, und auch jeder Rekrutensoldat, den wir unterhalten müssen, vergrößern den Defizit und bringen uns tiefer in den Dreck.

Im Haushalt eines Staates spiegelt sich der wirtschaftliche Zustand des Landes wieder. Das Charakteristikum des deutschen Budgets ist das ungedeckte Defizit. In diesem Jahre nach amtlicher Schätzung 440 Milliarden Mark - in Wirklichkeit wird es viel höher sein. Aber spielen denn bei uns heute ein paar Tugend Papiermilliarde Defizit eine Rolle? Und dieses Defizit ist fast ausschließlich durch das Reparationskonto verursacht. Wollen wir das Defizit beseitigen und das Budget in Ordnung bringen, dann muß also das Reparationskonto fallen.

Ohne ein ausgeglichenes Budget ist jede Währungsreform unmöglich. Das ungedeckte Defizit im Budget muß das Vertrauen, auf das sich die Geldbewertung aufbaut, zerstören.

In der Reparationskommission sitzen die Machtpolitiker, die Kurpolitiker, denen man auf jedes Altentblatt aufgedruckt hat: "Deutschland muß alles bezahlen." Das ist das Motto eigenwilliger, verblendeter Kinder. Wenn die Reparationskommission aus vorurteilsfreien Männern mit wirtschaftlichem Verständnis und mit dem festen Willen, die europäische Not zu beseitigen, zusammengesetzt wäre, so würden diese ihren Regierungen eine Entschliebung etwa folgenden Inhalts vorlegen:

Deutschland ist erschöpft und zeigt alle Merkmale galoppierender wirtschaftlicher Schwindsucht.

Die gegenwärtigen vertragsmäßigen Reparationsleistungen - Barzahlungen wie Sachleistungen - verschlimmern das Leiden unausgesetzt; in kürzester Zeit wird überhaupt nichts mehr zu holen sein. Gleich wichtig für die Wiederherstellung normaler Wirtschaftsverhältnisse in der Welt wie für die Leistung nennenswerter Reparationen ist die Wiedergesundung Deutschlands. Dafür wird vorgeschlagen:

Die Befragung wird aufgehoben und die Interalliierten Kommissionen werden zurückgezogen.

Deutschland erhält einen langfristigen Zahlungsausschub für alle Barleistungen.

Sachleistungen werden innerhalb dieser Frist nur verlangt, soweit diese für die Wiederherstellung der durch den Krieg zerstörten wirtschaftlichen Anlagen nötig sind.

Deutschland erhält eine Anleihe in Gold, die groß genug ist, zusammen mit dem zu mobilisierenden Goldschatz der Reichsbank das Budget in Ordnung und die Währung auf eine sichere Grundlage zu bringen.

Bei Erfüllung dieser Voraussetzungen wird Deutschland noch Jahre zu rufen haben, bis es die Schäden, die seine Wirtschaft erlitten hat, überwindet.

Inzwischen wird der Versailler Vertrag abgeändert und unter genauer Berücksichtigung der wirtschaftlichen Verluste Deutschlands durch die Gebietsabtretungen festgesetzt, ob und welche ferneren Leistungen Deutschland überhaupt noch aufbringen kann, ohne erneut in seinem Dasein gefährdet zu werden.

Das wäre so ungefähr das, was vielleicht den Sturz Deutschlands aufhalten könnte.

Das, was die gegenwärtige Reparationskommission mit dem Bauch voll politischer Hypothesen treibt, ist Quacksalberei und Gesundbeteri, aus denen nichts anderes herauskommt, als was bisher immer herausgekommen ist: jeden Tag ein höherer Dollarkurs.

Erwin Barth

Gleichzeitig mit der Reparationskommission sind einige von der Reichsregierung berufene Sachverständige in Berlin, die sich gleichfalls mit der Stützung der Mark beschäftigen. Drei dieser Sachleute haben gemeinsam einen Plan ausgearbeitet, den die Reichsregierung der Reparationskommission unterbreitet hat mit der Bitte, ihn zur Grundlage für die weitere Behandlung der Stützung der Mark zu nehmen. In dem Plane ist eine unverzüglich zu beginnende Stützungsaktion durch ein internationales Bank syndikat vorgeschlagen, woran sich auch die Reichsbank beteiligen soll und will. Die Ausführung ist so gedacht, daß der Markkurs nach einheitlichen Gesichtspunkten mit den so zur Verfügung gestellten Mitteln durch An- und Verkauf von Mark und Devisen reguliert wird.

Die erste Bedingung, welche die Sachverständigen stellen, geht dahin, daß während der Zeit der Stützungsaktion und bis zur vollständigen Rückzahlung der vom Syndikat geleisteten Vorschüsse Deutschland von jeder Barzahlung auf Grund des Vertrages von Versailles sowie von allen Naturalieferungen für Reparationszwecke vorübergehend befreit werden müsse. Die deutsche Regierung heißt es in dem Schreiben des Reichsfinanzlers an die Reparationskommission, ist der Ansicht, daß der Stabilisierungsprozeß, welcher einerseits eine notwendige Voraussetzung für die Wiederherstellung des Gleichgewichts im Reichshaushalt bildet, zunächst einmal ohne Störung zu einem gewissen Abschluß gebracht sein muß, um dadurch die deutsche Wirtschaft zur Wiederaufnahme von Leistungen aus dem Vertrage von Versailles zu befähigen. Die deutsche Regierung ist jedoch, wie sie bereits der Reparationskommission erklärt hat, bereit, Lieferungen für den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete auch während des Stabilisierungsprozesses zu übernehmen, insoweit es möglich ist, diese Leistungen ohne Vermehrung der schwebenden Schulden aus dem Budget oder durch innere Anleihen zu bestreiten.

Ob die Reparationskommission den Vorschlägen des Gutachtens beitrifft, ist noch eine weit offene Frage. Sie wird erst nach ihrer Rückkehr nach Paris endgültige Beschlüsse fassen.

Die soziale Auslese

Wenn eine vernünftige, geordnete und gerechte Menschengemeinschaft entstehen soll, so kommt es nicht nur darauf an, tüchtige Menschen heranzubilden, die imstande sind, tüchtige Leistungen zu vollbringen, sondern es kommt auch darauf an, diese tüchtigen Leute aus der Masse herauszufinden und an die Stelle zu stellen, an der sie ihre Tüchtigkeit zum Wohle der Gesamtheit beweisen können. Die richtigen Leute an die richtige Stelle zu stellen, also die soziale Auslese der Tüchtigsten, ist eine der wichtigsten modernen Forderungen. Soll unser Land und Volk wieder gesund werden, so kann das nicht anders geschehen, als durch eine wirkliche Demokratisierung unseres gesamten öffentlichen Lebens. Demokratie heißt: Das Mitbestimmungsrecht aller in allen Angelegenheiten. In der Praxis aber läuft sie darauf hinaus, daß durch allgemeine Wahlen erprobte, tüchtige Leute, die das Vertrauen der Wähler genießen, ausgesucht werden, damit sie die Geschäfte ihrer Wähler besorgen. Anders läßt sich die Sache nicht machen, denn eine tausendköpfige oder gar millionenköpfige Masse kann ihre Angelegenheiten nicht selbst ordnen, es muß ein Apparat vorhanden sein, der dies besorgt.

Die Wahrheit dieser Behauptung ergibt sich aus der Beobachtung des täglichen Lebens und aus den Erfahrungen der Menschheitsgeschichte. Überall, wo eine Anzahl von Menschen etwas unternehmen will, wählt sie sich Leute, die die Sache in die Hand nehmen und sie ausführen. So war es früher und so ist es auch heute noch. Das Gebete von einer Massenbewegung ohne Führer ist eine Illusion, die jedesmal, wenn sie praktisch verwirklicht werden soll, wie eine Seifenblase zerplatzt.

In den Zeiten der Alleinherrschaft eines Einzelnen oder einer kleinen Gruppe wurde ein Verfahren angewandt, das der gesunden Vernunft und der Gerechtigkeit gleichermaßen ins Gesicht schlug. In einer Monarchie folgte der Sohn auf seinen Vater, ob er die nötigen Kenntnisse und Fähigkeiten besaß, um sein Volk regieren zu können, war nebensächlich, das Erbrecht gab den Ausschlag. Daraus erklärt sich die geschichtliche Tatsache, daß alle Erbmonarchien schließlich elend zugrunde gegangen sind. Wodurch der Gründer der Monarchie auch ein tüchtiger Mann gewesen sein, seine Nachkommen entarteten und scheiterten an ihrer Unfähigkeit. Dagegen sehen wir, daß dort, wo Wahlmonarchien bestanden und wo die Möglichkeit gegeben war, neue Kräfte heranzuziehen, zumeist tüchtige Leute aus Kuder kamen und das Staatsschiff durch die Klippen hindurchsteuerten. Das ist die katholische Kirche und das Papsttum noch heute besteht, erklärt sich nicht etwa daraus, daß der Herrgott seine Hand darüber gehalten hätte, sondern es erklärt sich vielmehr aus der demokratischen Ergänzung der kirchlichen Hierarchie. Jeder tüchtige Priester kann emporsteigen an eine höhere Stelle, er kann Bischof, Erzbischof, Kardinal und Papst werden, wobei seine Herkunft keine Rolle spielt. In der Tat finden wir zahlreiche kirchliche Würdenträger, die aus den einfachsten Verhältnissen stammen. Wie uns die Kirchengeschichte lehrt, sind die tüchtigsten Päpste aus den Unterstufen emporgestiegen. Hier zeigt sich deutlich die Überlegenheit der sozialen Auslese über die auf dem Vorrecht der Geburt beruhende Erbfolge. Das Übel wird noch dadurch verschlimmert, daß die Fürsten von Gottesgnaden auch noch den Fehler begehen, ihre Standesgenossen an die wichtigsten Stellen zu stellen, so daß eine kleine unfähige Sippe das Volk beherrscht. Die jüngste deutsche Geschichte hat uns gelehrt, welche unheilvolle Wirkungen ein solches System ausübt.

Nach einem Aussprüche Napoleons, der selbst einer schlichten Bürgerfamilie entstammte, trug jeder seiner Soldaten den Marschallstab im Tornister. Seine Generale waren fast ausnahmslos als einfache Soldaten ins Heer eingetreten und hatten sich durch Tüchtigkeit emporgearbeitet. Sie haben die preussischen Feldherren, die auf ihren Vorbeeren eingeschlagen waren, besiegt und ihre Heere in die Flucht geschlagen. Dasselbe Erscheinung, daß die Söhne der Bevorrechtigten entarten und unfähig werden, während die neuen Leute aus dem Volke Tüchtiges leisten, hat sich im Laufe der Geschichte immer wieder gezeigt und auch in der Gegenwart bewährt sich der Satz, daß die Tüchtigkeit nicht an die Geburt und den Stand der Eltern gebunden ist. Es ist vielmehr eine bekannte Tatsache, daß aus der Tiefe eines Volkes ununterbrochen neue Talente emporsteigen, daß aber in den Oberschichten Entartung und Verblödung eintritt.

Es kann gar keinem Zweifel unterliegen, daß ein Staats- und Gemeinwesen, das von gewählten tüchtigen Leuten geleitet wird, besser arbeitet als ein anderes, in dem eine bevorrechtigte Schicht von bezopften Würdenträgern das Regiment führt. Allerdings können bei der sozialen Auslese Fehler gemacht werden, denn sie ist eine menschliche Einrichtung, die wie jede andere menschliche Einrichtung ihre Mängel hat; aber es besteht ja die Möglichkeit, den Fehlgreif dadurch wieder gutzumachen, daß man die Gewählten, in denen man sich getäuscht hat, zurückzieht und durch andere Personen ersetzt. Allerdings besteht in der modernen Demokratie die große Gefahr, daß sich die Wähler von gerissenen Drahtziehern einfeilen lassen, aber dagegen kann eine gründliche Aufklärung und Schulung der Wählermassen helfen. Die Staaten mit einem demokratischen Wahlrecht zeigen uns mit erschreckender Deutlichkeit, was eine struppelose Wahlbeeinflussung vermag, wenn sie es mit geistig und sittlich minderwertigen Menschen zu tun hat, die aus Dummheit und Selbstsucht ihre Stimme verkaufen, aber es wäre falsch, wollte man die Auswüchse des demokratischen Wahlrechts dieser selbst zur Last legen. Das System selbst ist zweckmäßig, wenn auch nicht fehlerlos und wir kennen kein anderes, durch das es ersetzt werden könnte, darum soll man nicht das System bekämpfen, sondern seine Unwürdigkeit beseitigen. Die Demokratie stellt eher größere Anforderungen an die Wähler als die Erbmonarchie.

die Autokratie. Letztere schaltet die Massen aus und sucht sie in der Rückständigkeit zu erhalten, erstere ist auf die Mitwirkung der Massen angewiesen und deshalb gezwungen, sie zu bilden und zu schulen.

Die Notwendigkeit einer Erziehung zur Demokratie kann nicht laut genug betont werden, weil nur tüchtige Menschen imstande sind, jeden Versuch, sie als Stimmvieh zu mißbrauchen, tatkräftig zurückzuweisen. Glücklicherweise finden in dem demokratischen System starke erzieherische Kräfte. Es ist erklärlich und verständlich, daß Menschen, die in Staat und Gemeinde nicht mitzuspüren und mitzubestimmen haben, sich um staatliche und kommunale Dinge nicht kümmern, daß aber Menschen, die ein wirkliches Mitspracherecht besitzen, allmählich ein immer stärkeres Interesse an den öffentlichen Angelegenheiten gewinnen. Die Interessenlosigkeit der Massen an allen Dingen, die über das Persönliche hinausgehen, macht, wenn auch langsam, einer stärkeren Anteilnahme Platz. Diese überall hervortretende Erscheinung läßt uns hoffen, daß die heute noch vorhandene Schein-demokratie im Laufe der Zeit einer wirklichen Demokratie weichen wird.

Alles in allem genommen erscheint die soziale Auslese, deren Vorbedingung die gleiche soziale Gelegenheit für alle ist, als ein durchaus wirksames Mittel, alle tüchtigen Kräfte zur Mitarbeit an den schwereren Aufgaben heranzuziehen, die unser Gemeinwesen in der Gegenwart und Zukunft zu erfüllen hat. Fast noch mehr ist im wirtschaftlichen Leben eine Mitarbeit der breiten Schichten dringend erforderlich, wenn die kapitalistische Wirtschaft abgelöst und durch einen Wirtschaftsorganismus ersetzt werden soll, der auf den Grundrissen der sozialen Demokratie aufgebaut ist.

Verluste der deutschen Ernährungswirtschaft

Aber die Verluste der deutschen Ernährungswirtschaft auf Grund des Friedensvertrages von Versailles geben folgende Zahlen ein Bild. Ohne Oberschleffen wurden bis Ende 1920 abgetreten:

Ackerländereien, Gärten, Weiden usw.	4766000 ha = 13,7%
Forste, Holzungen usw.	1410000 ha = 9,5%
Von den Ackerländereien:	
Getreide und Hülsenfrüchte	2390000 ha = 14,3%
Fruchtfrüchte	791497 ha = 15,8%
Futterpflanzen	402200 ha = 15,1%
Zahl der Betriebe in den abgetretenen Gebieten	
Landwirtschaftlich genutzte Fläche der Betriebe	606700 = 10,6%
Ernteerträge in diesen Gebieten:	
Weizen	287800 ha = 14,6% 5948600 dz = 12,6%
Roggen	1096900 ha = 16,9% 20027900 dz = 16,4%
Hafer	483500 ha = 10,4% 9954800 dz = 10,2%
Kartoffeln	549600 ha = 16,1% 98550500 dz = 17,3%
Guderrüben	97200 ha 30955200 dz
Futterrüben	80400 ha 20900000 dz
Biehverlust:	
Pferde	701500 = 16,5%
Rindvieh	2346000 = 11,2%
Schweine	2884000 = 11,2%

Mit der Abtretung Oberschlesiens sind weiter verloren gegangen:

7190 ha Winterweizen mit Ertrag von	148650 dz
163 ha Sommerweizen	8100 dz
48313 ha Winterroggen	642120 dz
870 ha Sommerroggen	3197 dz
6890 ha Gerste	141700 dz
58700 ha Hafer	784900 dz
42186 ha Kartoffeln	5100000 dz

Im ganzen hat Deutschland weiter durch den Verlust Oberschlesiens an Getreide und Hülsenfrüchten 149700 ha eingebüßt. An Einwohnern verlor Deutschland im ganzen 6471000 = 11,5 v. H. So ist der Verlust an landwirtschaftlich genutztem Boden und landwirtschaftlichen Erzeugnissen also erheblich größer als der Menschenverlust. Dazu kommt, daß ein großer Teil der Einwohner dieser Gebiete nach Deutschland zurückgekehrt ist. Wir haben heute wieder nahezu 65 Millionen Einwohner. Die Bevölkerungsminderung Deutschlands beträgt also nur etwa 7 Prozent.

Diese Tatsachen bilden einen Teil der Gründe dafür, daß die deutsche Lebensmittelfuhr aus dem Ausland so erheblich geworden ist. Jüngst herausgegebene halbamtliche Schätzungen beziffern den Getreideeinfuhrbedarf Deutschlands für das laufende Ernährungswirtschaftsjahr auf 3 Millionen Tonnen. Da die Tonne ausländisches Getreide gegenwärtig mehr als 200000 deutsche Mark kostet, muß man, wenn tatsächlich der deutsche Bedarf an Auslandsgetreide so hoch sein sollte, wie angegeben, mit einer Kohlensumme von etwa 600 Millionen Mark heutigen Wert allein für die Getreideversorgung Deutschlands rechnen.

Aus der Geschichte des Dollars

von Tony Keller

Beiläufig wie hat in der Geschichte des Steigen und Fallen einer Geldart so die allgemeine Aufmerksamkeit auf sich gezogen wie jetzt der Dollar. Eigentlich ist es aber nicht der Wert des Dollars, der steigt oder fällt, sondern der Wert des deutschen Mark und der anderen ausländischen Geldarten, die sich nach dem Dollar richten. Aus diesem Grund hat der Dollar heute als das Ideal einer Geldart, die festhalten will dem Status der Weisen verstanden ist, der nach der Meinung der Wissenschaften Gold zu erzeugen vermag. Es ist dem Dollar aber nicht immer so glänzend gegangen wie heute. Nach er hat Zeiten des Aufstiegs und des Niedergangs gekannt, Tage des Glanzes, aber auch Tage des Jammers und des Elends.

Wie ist der Dollar entstanden? In Nordamerika waren vor dem Unabhängigkeitskrieg spanische Realenstücke im Umlauf. Sie waren sehr schwer und zu einem eigenen Staat entwickelte, wurde es auch ein eigenes Geld haben, und deshalb sprach man eine neue Geldart, die unabhängig war, d. h. Silber, heraus, denn aber nach dem deutschen oder Dollar bekannt wurde. Wenn man früher einen Dollar in weiter Spanische Dollar gegen hätte und damit das amerikanische Dollar berechnete, so erkannte man, daß es sich um dasselbe Wort handelt. Das aber das bekannte Dollarzeichen \$ (das ist ein S mit zwei Querstrichen) heißt, so ist dessen Herkunft noch nicht einwandfrei festgestellt. Es gab die verschiedensten Vermutungen, angeblich werden, ohne daß es bisher gelungen ist, das Zeichen einwandfrei zu erklären. Jedenfalls kommt es zum Ausdruck in einem 1871 zu London herausgegebenen Buch von Thomas De la Rue, betitelt „The American Accountant“, vor.

Der Dollar wurde 1792 gesetzlich eingeführt mit der Maßgabe, daß er gleich 100 Cent war. Als Silbermünze sollte er das damalige Hauptgeldmittel, das allen spanischen Silber, den sogenannten Silberpfeil, ersetzen. Durch Gesetz von 1792 wurde das Mark und Pfennig bestimmt, so daß er einen Wert von 4,33 Mark hatte. 1837

Unsere Arbeitslage Ende Oktober 1922

Aber die Beschäftigungslage und Arbeitslosigkeit Ende Oktober haben 533 Verwaltungstellen mit 1.449.000 Mitgliedern rechtzeitig Berichte angefertigt. In diesen Verwaltungen wurden 26.548 Betriebe mit 2.161.414 Arbeitern gezählt. 26.340 Betriebe mit 2.137.184 Arbeitern waren voll beschäftigt, während 206 Betriebe mit 24.230 Arbeitern verliert arbeiteten. Ein Vergleich mit dem Vormonat ergibt folgendes Bild:

	September		Oktober	
	Betriebe v. G.	Arbeiter v. G.	Betriebe v. G.	Arbeiter v. G.
Vollbeschäftigt	26.340	2.137.184	26.340	2.137.184
Kurzarbeit	206	24.230	206	24.230
Streik	—	—	—	—
Zusammen	26.546	2.161.414	26.546	2.161.414

Von 200 Verwaltungen mit 205.423 Mitgliedern gingen die Berichte zu spät oder gar nicht ein. In diesen fehlenden Verwaltungen wurden nach früheren Berichten 4687 Betriebe mit 338.801 Arbeitern gezählt.

Arbeitslos waren in den berichtenden Verwaltungstellen 7706 oder 0,53 v. H. der Mitglieder gegen 3125 = 0,24 v. H. im Monat September.

Während sich im Monat September eine geringe Verschlechterung der Arbeitslage nur in der Zahl der Kurzarbeiter bemerkbar machte, zeigt sich im Oktober bereits eine wesentliche Verschlechterung sowohl in der Zahl der Kurzarbeiter wie auch in der Zahl der Arbeitslosen.

Steigende Arbeitsleistung

Edwin Kenninger, Redakteur im Porzellanarbeiter-Verband, veröffentlicht einen Aufsatz, der erneut bestätigt, daß geschlossene, wohlorganisierte Fabrikbetriebe unter dem Achtstundentag ihre Produktion auf der Höhe halten konnten. Allerdings handelt es sich hier um eine Industrie mit stark vorwiegender Manarbeit. In der Fabrik in A. haben sich die Arbeitsleistungen innerhalb der 47- bis 48stündigen Arbeitswoche gegen die 57stündige frühere um 70 v. H. erhöht. Dort bestanden noch die Grundpreise von 1914, mit denen in der 57stündigen Arbeitswoche rund 50 A Lohn erzielt wurden. Die Arbeitsleistung hat sich jetzt so gesteigert, daß die Beschäftigten unter den gleichen Verhältnissen in 47 Wochenstunden 85 A mit den feineren Grundpreisen verdienen. Wir dort, so ist es in vielen Betrieben in Thüringen, Bayern, Sachsen und Schlesien. In dem Betrieb S. & S. zu N., Thüringen, wurden 1914 von dem mit Nr. 5756 bezeichneten Arbeiter in zehn Stunden 150 Stück angefertigt, jetzt unter den gleichen Bedingungen in acht Stunden 300 Stück. Bei dem Artikel 7082 ist das Verhältnis wie 110 zu 200, bei dem Nr. 872 wie 7 zu 11, bei dem Isolator Nr. 85 wie 1240 zu 1810. Ähnliche Leistungssteigerungen wurden in dem Betrieb S. zu S., Thüringen, erreicht. Die Zahlen verhalten sich dort bei den Artikeln Nr. 5756 wie 150 zu 300, bei Nr. 4979 wie 1200 zu 2000, bei Nr. 7202 wie 350 zu 550, bei Nr. 8207 wie 250 zu 400 usw. Diese tatsächlichen Angaben beziehen sich auf die Gestaltung von Gegenständen. In anderen Sparten sind ähnliche Leistungssteigerungen festgestellt.

In der Fachzeitschrift „Keramast“, Heft 3, Jahrgang 1922, ist gesagt, daß in der Porzellanindustrie in der zur Verfügung stehenden achtstündigen Arbeitszeit mehr geleistet wird als in der gleichen in Vorkriegs- und Kriegsverhältnissen, ja sogar, daß sich auch die Arbeitsintensität gesteigert hat. Dieses wichtige Eingekündnis bezieht sich auf rund 80.000 Beschäftigte, darunter über 30.000 weibliche.

Stark ist die Porzellanindustrie unter Rohlenmangel. Die Verhältnisse dieser Industrie bestätigen, was wir wiederholt darlegten: der Achtstundentag braucht die Produktion nicht zu beengen, es ist nur nötig, ihn mit Bestand zu handhaben und gegebenenfalls Schlüssel- und Zusatzleistungen, die Roh- und Hilfsstoffe liefern und sie beschleunigen zu Sonderleistungen anzupassen. Höchstleistungen einzelner Industrien nützen uns nichts, wenn Mangel an Roh- und Betriebsstoffen und Ausbleiben von Hilfsmaterial von Zeit zu Zeit Einschränkungen bewirken.

Anarchie der Preisfestsetzung

Aus Kreisen der Fertigungsindustrie kommen seit einiger Zeit lebhaft Klagen über die Preispolitik der Rohstoffindustrie, die daran schuld sei, daß die deutschen Beschäftigten hier und da über den Weltmarktpreisen liegen. Tatsächlich haben ja die in kurzer Zeit aufeinanderfolgenden Erhöhungen der Kohlen- und Eisenpreise stets eine entsprechende Verteuerung der Halb- und Fertigzeugnisse der gesamten Industrie nach sich gezogen. Das ist die Wahrheit, aber nicht die ganze. Es zeigt sich nämlich die gewiß bemerkenswerte Tatsache, daß die Verbände der Fertigungsindustrie ihre Preise weit häufiger verändern als die Rohstoffindustrie, vor allem der Kohlenbergbau. Man kann beobachten, daß diejenigen Erzeugnisse den häufigsten und stärksten Preissteigerungen ausgesetzt sind, bei denen die Arbeitslöhne den prozentual größten Teil der Beschäftigungskosten bilden. Diese Tatsache führt in der Öffentlichkeit ebenfalls zu ganz falschen Vorurteilen und zu unbedingten Vorwürfen gegen die Arbeiter. Der Anreiz der Verteuerung liegt aber auf einem ganz anderen Gebiet. Er kommt vom Lebensmittelmarkt, nicht zuletzt von der inländischen Landwirtschaft. Diese treibt durch rücksichtslose Angleichung ihrer Preise an den Dollarkurs den Preis der Rohstoffe der Lebenshaltung von Tag zu Tag in die Höhe und zwingt dadurch die Arbeiter fortgesetzt zu neuen Lohnforderungen. Da die Löhne aber nur in seltenen Ausnahmefällen mit der Verteuerung am Lebensmittelmarkt wirklich Schritt halten, verbleibt trotz aller Lohnsteigerungen schließlich doch ein stetig wachsender Entbehrungs-

zustand, das Hungergewicht herabgesetzt, der Schlaf aber erhöht, so daß der Standard-Silberdollar seinen früheren Wert behielt und die Doppelwährung eingeführt werden konnte. Der Dollar war damals gleich 1,44 nordamerikanischer Taler oder 2,52 Gulden süddeutscher Währung oder 2,16 Gulden österreichischer Silberwährung. Seit 1849 gab es auch einen Dollar in Gold, der sich aber wegen seiner Kleinheit (er wog nur 1,6 Gramm) nicht bewährte. Schon vorher hatte man Stücke mehrerer Dollars zu 10, 5, 2 1/2, seit 1849 auch zu 20 Dollars geprägt und seit 1853 ein Dollarstück.

1853 wurde die Goldwährung eingeführt. Damit hätte die freie Prägung von Silbergeld auf, denn bei einem Wert von 90 A für 1 kg Silber war der Dollar nur mehr 2,16 A wert. Der Silberdollar war nur mehr eine Handelsmünze, die in der Hauptsache bloß für den Verkehr mit den Nachbarländern geprägt war. 1872 wurde auch die Prägung von Silberdollars von Staats wegen aufgegeben.

Um die Verfeiner von Silberminen gegen den Preisfall des Silbers zu schützen, schloß der Kongreß 1873, daß die Regierung monatlich 2 bis 4 Millionen Dollars zum Ankauf von Silber verwenden und dieses in Standard-Dollars umprägen solle. Mit diesem Namen bezeichnet man einen Dollar mit unbestimmtem Feingehalt. Die neuen Dollars versetzten gegen Silberstücke ausgetauscht werden, die bei Gold- und Silberpreisen angenommen werden mußten. Dies geschah auf Grund der nach dem Abgeschlossenen Handelsvertrages zwischen den USA und dem Reich abgehandelt über Sherman'sches Abkommen wurde. Durch diese Maßregel konnten sich aber die Münzen dem im Staatsbuch, das man 1890 die Prägung aufgab und nur noch bis 1893 beim Silberkurs hielt.

Die seit 1873 geprägten Golddollars, die für den Handelsverkehr mit Mexiko und Mittelamerika bestimmt waren, blieben trotz ihres hohen Feingehaltes im Umlauf und an Kurs ein und wurden seit 1887 gesetzlich wieder eingeführt.

Ursprünglich dachten noch einem Verfeinerungsmaßstab wieder die Münzen nach die einzelnen Staaten Papierdollars auszugeben. Aber man sah sehr bald, daß während der Krieges ausstehende finanzielle Verhältnisse veränderten, davon abgesehen und auch ständiges Papiergeld

factor zu Lasten der Arbeiterbevölkerung. Eine Ware, die bis zu ihrer Fertigstellung fünf bis zehn verschiedene Fabrikationsstadien durchlaufen hat, wird natürlich infolge der steigenden Lebenshaltungskosten auf fünf bis zehn verschiedenen Stellen mit Lohnsteigerungen belastet. Hieraus ergibt sich wiederum die Notwendigkeit von Preissteigerungen in fünf bis zehn Industriezweigen. Auf diese Weise erklärt sich die auffällige Erscheinung, daß die Häufigkeit der Preissteigerungen in dem Maße zunimmt, wie sich das Rohprodukt verfeinert. Im Vergleich zu dem vom Lebensmittelmarkt ausgehenden Anreiz zu Lohn- und Preissteigerungen spielt tatsächlich die Preispolitik der Rohstoffindustrien nicht jene große Rolle, wie von den Verbänden der Fertigungsindustrie behauptet wird. Zu berücksichtigen ist schließlich, daß gerade von der Rohstoffindustrie, zum Beispiel Kohlenbergbau, die Preissteigerungen in den bekannten Körperkassen zur Erörterung gestellt werden, wobei Vertreter der Arbeiter- und der Verbraucherseite zumindest die Möglichkeit haben, sich zur Sache zu äußern, während die Fertigungsindustrie sich von niemand in ihre Preispolitik hineinreden lassen und die Verbraucher regelmäßig vor vollendete Tatsachen stellen. In diesem Zusammenhang sei auch auf die den Verbrauch außerordentlich stark belastende Unwirtschaftlichkeit der Warenverteilung hingewiesen. Während die Preissteigerungen der Industrie zu einem großen Teil durch Lebensmittelsteigerung und Lohnsteigerungen sich rechtfertigen lassen, verfährt der Groß- und Kleinhandel bei der Festlegung seiner Aufschläge ziemlich willkürlich. Von der Fabrik bis zum Verbraucher durchläuft die Ware eine ganz unnötig große Zahl von Handelsfirmen, die natürlich durch ihre maßlosen Aufschläge dafür sorgen, daß die Einzelhandelspreise hinter denen des volkswirtschaftlichen Maßstabes möglichst wenig zurückbleiben. So ist letzten Endes die Anarchie auf dem Gebiete der Preisfestsetzung in allen Teilen unserer Wirtschaft die tiefere Ursache der bis zur Unentgeltlichkeit gesteigerten Verteuerung.

Lohnsteuer und Marktentwertung

Durch den rasenden Sturz unserer Mark kommt die Masse der Lohnempfänger in immer größere Not. Die Kaufkraft der Löhne wird täglich geringer. Sogar kommt noch, daß mit der Erhöhung der Nominallöhne auch ständig der Betrag steigt, den die Lohnempfänger als Einkommensteuer abgeben haben. Bei den in Folge der Erhöhung der Nominallöhne ständig wachsenden Steuerbeträgen fallen die steuerfreien Beträge (Werbungskosten u. dergl.) immer weniger ins Gewicht, weil ja der Grundbetrag der tatsächlich zu leistenden Abgaben bei jeder Erhöhung der Nominallöhne steigt. Berücksichtigt man weiter die gewaltig gestiegenen Abzüge für die Sozialversicherung, so ist klar ersichtlich, daß ein Arbeiter bis ein Schüssel vom Bruttolohn abgezogen wird.

Für die Bestehenden bedeutet die ständige Entwertung der Mark in steuerlicher Hinsicht eine Erleichterung, weil sie ja ihre Einkommensteuer stets ein Jahr später zahlen. Und zwar besteht diese steuerliche Erleichterung für die Bestehenden darin, daß sie mit einem erhöhten Gelde zahlen, während der Lohnempfänger bei jeder Zahlung den Steuerbetrag vom Lohn prompt abgezogen erhält. Beim Lohnempfänger ist also jede Spekulation auf die weitere Geldentwertung ausgeschlossen und seine Steuerbeträge werden bis zum letzten Heller erfaßt. Die sprichwörtliche Steuerflucht der Bestehenden erfährt eine weitere treffliche Illustration durch das Beispiel zweier gegen die Einkommensteuer der Einkommensteuer (siehe Vormärz vom 2. September 1922).

Gegen diese, ein schreckliches Mißverhältnis zwischen der Steuerleistung der Lohnempfänger und der des Bestehenden bildende Entwicklung muß dringend eine Änderung werden. Das Einkommensteuergesetz bedarf dringend einer Abänderung. Die Beträge für den Lebensunterhalt sowie für die Werbungskosten müssen zum mindesten vermindert werden. Des weiteren sollten Einkommen aus Arbeit bis zu 400.000 A höchstens mit einem Steuerfuß von 10 v. H. belegt werden dürfen.

Arbeitslosigkeit bei den schwedischen Formern

Wie gut waren, das Verbandsblatt des Schwedischen Formerverbandes berichtet, waren von den Mitgliedern am

	1. Mai	1. Juni	1. Juli	1. August
arbeitslos	2424	2237	1212	1667
in Arbeit	2413	2574	2713	2702

Am 1. August waren nicht weniger als 49 Giebereien stillgelegt. Mit voller Arbeitszeit arbeiteten 102 Giebereien, in denen 1218 Verbandsmitglieder beschäftigt waren. Mit Kurzarbeit waren 1122 Mitglieder beschäftigt und 635 Kollegen war es gelungen, außerhalb des Berufes Arbeit zu finden.

Man hat zwar berichtet, daß in den letzten Monaten in Schweden der Beschäftigung wieder etwas aufgelebt sei. Nichtsdestoweniger wird die Arbeitslosigkeit unter den schwedischen Formern noch so groß sein, daß es keinem deutschen Kollegen zu empfehlen ist, in Schweden Arbeit zu suchen.

Richtigstellung. Der in unserer Nr. 42 unter der Überschrift: Schulmeisterliche Schiefzucht kritisierte Aufsatz über das Wahre und das falsche Proletariat hat nicht, wie uns von der Schriftleitung der Westfälischen Schulzeitung mitgeteilt wird, in dieser gestanden. Wir nehmen davon gerne Kenntnis. Schriftl. d. M.-Z.

Aphorismen von Walter Rathenau

Wenn zwei Dritte aller deiner Entwürfe richtig sind, so sei zufrieden. Verfolge dich nicht darauf, alles richtig zu machen, sondern handle nach den Grundfragen, an die du glaubst. Nicht alle Wege führen nach Rom; Zielwege bestimmt nicht.

Sei stets um das Wohl deiner Leute besorgt, nie um ihren Beifall.

ausgegeben, das wegen der grünen Rückseite der Scheine Greenback (Grünrücken) genannt wird. Schon vorher hatte man sich in der Weise beholfen, daß man zahlreichen Banken gestattete, Papiergeld auszugeben. Solches Papiergeld aber wurde oft wesentlich geringer eingeschätzt als der Silber- oder Golddollar. Auch als 1861 ein Zwangsloos für das Unionpapiergeld vorgeschrieben wurde, blieb der Wert erheblich hinter dem Hartgeld zurück. Als dann schon 1862 die Einführung des Papiergeldes aufgehoben wurde, erlitt dieses einen starken Verlust. Am 11. Juli 1864 erreichte dieser seinen Höhepunkt mit 185 v. H., d. h. für 100 Dollar Gold mußte man damals 285 Dollar Papiergeld bezahlen. Natürlich wurde vielfach mit Gold spekuliert, namentlich in der Zeit des Bürgerkrieges und der nachfolgenden Abwärtsgangzeit. Bei Beginn des Bürgerkrieges war das Gold sehr knapp, und es waren 1869 nur 15 Millionen Dollar Gold im Umlauf, während im Staatsbuch noch 25 Millionen Gold in Reserve waren. Erst als am 2. Januar 1879 die Paragraphe wieder aufgenommen, d. h. das Unionpapiergeld wieder bar eingelöst wurde, wurden wieder normale Verhältnisse auf dem Geldmarkt herbeigeführt und der Papierdollar erreichte wieder den vollen Nennwert in Gold.

Seither waren bis zum Weltkrieg die seit 1861 ausgegebenen Unionpapierdollars im allgemeinen Verkehr, abgesehen von Kalifornien, wo die reine Goldwährung beibehalten war, und abgesehen von den Finanzen der Bundesstaaten und den Zöllen, die in Gold zu leisten waren. Der Papierdollar wurde dem Golddollar völlig gleichwertig betrachtet und die Golddollars waren sogar verhältnismäßig selten im Verkehr, weil der praktische Amerikaner das Papiergeld dem Hartgeld immer vorzog. So blieb der Zustand bis zum Weltkrieg. Durch die ungeliebten Lieferungen der Vereinigten Staaten nach den Ländern der Entente und nach neutralen Ländern ergoß sich ein solcher Strom von Gold aus Europa nach Amerika, wie ihn die Weltgeschichte noch nicht erlebt hat. Und diesem Umlauf haben wir es zuzuschreiben, daß an Stelle des ehemals dem Weltmarkt beherrschenden Sterling der Dollar die maßgebende Geldart ist und vermutlich noch auf lange Zeit bleiben wird.

WELTSCHAU

Die vierte internationale Arbeiterversammlung

Mit viel Begeisterung und noch mehr Hoffnungen wurde 1919 in Washington die durch den Friedensvertrag von Versailles im Art. XIII geschaffene Internationale Arbeiterversammlung aus der Taufe gehoben. Auf drei Hauptversammlungen in den Jahren 1919, 1920 und 1921 hat sie den Regierungen der Mittelländer durch sieben Abkommen und acht Vorschläge die Wege zu sozialer Gesetzgebung gewiesen. Kein Wunder, daß sie nach Ablauf der ersten drei Jahre auf ihrer vierten Hauptversammlung, die in der Zeit vom 18. Oktober bis zum 4. November in Genf tagte, von der Ausarbeitung von Vorschlägen und Abkommen abließ, um sich mit dem bisher in den Mittelländern Erreichten zu beschäftigen.

Die Tagesordnung dieser Hauptversammlung enthielt die folgenden Punkte: Änderung des Verwaltungsrates, Befestigung der Hauptversammlungen und Aus- und Einwanderung.

Dieser Beratungsstoff konnte seiner Wichtigkeit und seinem Umfange nach die Wichtigkeit der diesmaligen Tagung sehr wohl rechtfertigen. Hinzu kommt noch die zwingende Vorschrift des Friedensvertrages und die Erfahrung, daß solche Tagungen die einzelnen Landesvertreter einander näher bringen und so nach und nach anstelle der heute noch vielfach vorhandenen Verwirrung Vertrauen zu setzen geeignet sind.

Es ist selber nicht zu leugnen, daß auf diesem Gebiete noch sehr viel Arbeit vor uns liegt. Leider ist der Begeisterung des ersten Anlasses in Washington und der daran geknüpften Hoffnungen eine Stimmung des Zweifels an der eigenen Kraft, an dem Willen der Mitwirkenden und an der Zweckmäßigkeit getroffener Maßnahmen gefolgt. Die Wirtschaft ist einen anderen Weg gegangen, als man allgemein nach Beendigung des Weltkrieges annehmen sich berechtigt glaubte. In keinem Staate ist bisher der Wiederaufbau der Wirtschaft gelungen. Diese Tatsache häuft die Vermunungen gegen eine sozialpolitische Betätigung.

Der umfangreiche Bericht des Direktors Albert Thomas gibt eine Fülle von Stoff zur Beurteilung der entstandenen Schwierigkeiten und ihrer Zusammenhänge. Von höchstem Interesse ist die Stellung der Mittelländer zu der auf früheren Tagungen beschlossenen Abkommen und unter diesen wieder das Washingtoner betr. den Achtstundentag.

Der Internationale Arbeiterversammlung gehören 54 Staaten an. Diese haben im ganzen 53 Anerkennungen vollzogen, so daß noch nicht einmal auf jede Nation eine kommt. Der Friedensvertrag zwingt keinen Mitgliedsstaat zur Anerkennung eines Abkommens, sondern nur zur Stellungnahme zu ihm innerhalb einer bestimmten Frist. Allerdings, auch die Parlämente einzelner Staaten haben die Anerkennung abgelehnt. Das Abkommen des Achtstundentags haben nur Bulgarien, Griechenland, Indien, Rumänien und die Tschechoslowakei genehmigt. Es wäre falsch, daraus die Überflüssigkeit der Internationalen Arbeiterversammlung zu folgern. Das Gegenteil ist richtig. Gerade weil eine internationale Verständigung über soziale Gesetzgebung ungleich schwerer ist, als unter den Parteien jedes einzelnen Landes selbst, ist eine zusammenfassende, Vermittlungsstelle unbedingt notwendig. Selbst in einem sozialpolitisch fortgeschrittenen Lande, wie Deutschland, ist es nicht möglich, neue Gedanken und Pläne nur langsam durch, wieviel langsamer muß der Gang sein auf internationale Gebiet, wo die Vermunungen durch die Verschiedenheiten der Sprache, der Auffassung, der Überlieferung und der klimatischen Verhältnisse ungeheuer vergrößert sind. Die Arbeitervertreter erklären in den ägernden, spärlichen Genehmigungen eine Preisung der Regierungen durch die Arbeitgeber gegen den Achtstundentag wie gegen den Arbeiterschutz überhaupt. Die Vertreter der Regierungen weisen auf die geringe Gewandtheit der Abkommen hin, die ihre gleichmäßige Anwendung in allen Staaten unmöglich mache. Das sind freilich Einwände, die vor Feststellung eines Abkommens auf der betreffenden Konferenz hätten geltend zu machen und in dem Abkommen hätten berücksichtigt werden müssen, wodurch den Beteiligten, besonders der Arbeiterschaft viel Enttäuschungen erspart geblieben wären.

Die Aussprache über diesen Punkt war gerade deshalb wenig fruchtbar, weil sie sich viel zu viel mit Vergangenen als mit der Zukunft beschäftigte. Die Kernfrage war: Was soll geschehen, um Genehmigungen in größerer Zahl zu erzielen und die Hindernisse zu beseitigen? Abkommen, die schon hier und da genehmigt sind, abändern, ist eine helle Sache. Es bleibt danach nur der Ausweg, die Freiz für die Genehmigung zu vergrößern und die Zwischenzeit zur Prüfung der angegebenen Schwierigkeiten zu vergrößern. In diesem Sinne hat die Konferenz denn auch beschlossen.

Eine Gefahr schien aber aus der Aussprache hervorzugehen, auf die an dieser Stelle hingewiesen sein soll. Die Ausführungen mancher Arbeitervertreter gipfelten in dem Vorwurf, daß sich die Regierungen von den Arbeitgebern in eine der Arbeiterwünschen gegensätzliche Stellung hätten drängen lassen. Gegen die einfache Feststellung wäre nichts einzuwenden, wenn nicht als Unterton Zweifel an der eigenen Kraft und an der Hilfe von außen durch das Internationale Arbeitsamt herausgelungen wären. Das scheint bedenklich, weil dadurch die Auffassung von einer Nachprüfung des Internationalen Arbeitsamts hervorgerufen wird, die ganz sicher zu Enttäuschungen führen muß. Die internationale Organisation der Arbeit kann nie Gewerkschaftscharakter sein, sondern bedarf der Gewerkschaften in größtmöglicher Geschlossenheit. Darum ist Stärkung der Gewerkschaften die wichtigste Voraussetzung zu erfolgreicher Arbeit innerhalb der Internationalen Arbeiterversammlung. Solche Mitarbeit darf aber nicht darin bestehen, daß man die Szene zum Tribunal macht, sondern darin, daß man sich auf Konferenzen nur mit ihren eigentlichen Aufgaben beschäftigt, Beschwerden über Verstöße der eigenen Regierung gegen Abkommen oder im Friedensvertrag gewählte Rechte (Berichts- und Versammlungsberechtigung) zunächst im eigenen Lande vertritt und erst bei Erfolglosigkeit Beschwerde an das Internationale Arbeitsamt einreicht. In weitaus den meisten Fällen wird dieser Weg sowohl zur Erreichung des eigentlichen engeren Zweckes wie auch zur Befestigung des Gewerkschaftsgebändens der geeigneter sein. Es werden auf ihm aber auch die ersten Voraussetzungen eines erfolgreichen Zusammenarbeitens auch auf internationalem Gebiet erreicht werden können: Hoffnung und Vertrauen!

(Schluß folgt.)

werden, daß die alte Zeit endgültig vorüber ist. Die Entwertung des Geldes, die in der Tschechoslowakei schon nach den Umsturztagen einsetzte, brachte eine gewaltige Verschlechterung der Lebenshaltung der Arbeiter mit sich und so galt es, in der Zeit der Sammlung der Kräfte schon Kämpfe zu führen. Der Achtstundentag war verhältnismäßig leicht errungen. Die folgenden Kämpfe waren schwerer, doch gelang es, die Lohn- und Arbeitsverhältnisse vertraglich zu regeln. Durch gründliche Kleinarbeit tausender Vertrauensmänner gelang es, die Schädlinge der Arbeiterbewegung, die Gelben, vollständig aufzureiben. Dadurch wurde die Kraft der Organisation bedeutend gestärkt. Im Jahre 1919 konnte für rund 40 000 Mitglieder die Jahreslohnsumme um über 100 Millionen Kronen und im Jahre 1920 für 46 000 Mitglieder die Jahreslohnsumme um annähernd 200 Millionen Kronen erhöht werden. Daneben wurden in den Betrieben für die Arbeiterschaft wichtige Grundrechte erreicht.

Gegen Ende des Jahres 1920 setzte in der Tschechoslowakei die kommunistische Bewegung ein und ihre erste verhängnisvolle Tat war der Dezentismus. Neben den vielen Opfern, die er aus den Reihen der Arbeiter forderte, trug er auch Verwirrung in unsere Reihen. Es begann der Verleumdungskrieg gegen die Gewerkschaften und ihre Vertrauensmänner. Die Unternehmer, die bisher nur eine einheitlich geschlossene Masse ge ehen hatten, schloßen neuen Mut. Nach erhalten sie sich von ihrem Schrecken und gingen zum Angriff über. Der Bruderkampf hatte ihnen Vorteile gebracht. Die Unternehmertruppe, die Gelben, wagten sich wieder hervor und viele Kommunisten verwandelten sich wieder zum Gelben. Sie hatten die kommunistische Bewegung und ihre Schlagworte benützt, um "frei" zu werden. Die Unternehmer gingen auch zum Angriff gegen die verhaßte Organisation der Metallarbeiter über. Es kam die große Ausperrung im Jahre 1921. Der wirtschaftlichen Einseitigkeit und Kraft der Metallarbeiter gelang es, die Angriffe der Unternehmer siegreich abzuwehren. Trotzdem die kommunistische Presse auch während dieses schweren Kampfes gegen die Organisation der Metallarbeiter zu Felde zog und ihn draußlos verlebte, ließen sich die Kollegen nicht wanken machen. Dem Kampf sind selber andere gefolgt, doch haben die Wortführer der kommunistischen Bewegung und ihre Presse in Bezug auf ihre Taktik noch immer nichts gelernt. Noch immer gefällt ihnen ihre Rolle als Saboteure der Arbeiterbewegung und des Klassenkampfes. Ihre Erfolge sind für sie mehr als bescheiden. Die wöchentlich neu erscheinenden kommunistischen Kampfpapieren und Aufrufe finden keine Beachtung mehr.

Wie aus allem hervorgeht, hat unser Verband bewegte und schwere Zeiten durchmachen müssen. Seit mehr als Jahresfrist tobt sich in der Tschechoslowakei die Wirtschaftskrise an. Durch ganz verfehlte Maßnahmen der Regierung ist eine katastrophale Verschärfung der Krise eingetreten. Während bisher im Monatsdurchschnitt die Zahl der Arbeitslosen und Kurzarbeiter nach unserer Verbandsberechnung 25 bis 33 v. H. betrug, stieg die Zahl im August auf 55 v. H. und im September sogar auf 68 v. H. Dabei ist erschwerend, daß das Ende dieser Wirtschaftskatastrophe noch gar nicht abzusehen ist. Die Unternehmer versuchen diese für sie günstige Zeit auszunützen. Sie verlangen Lohnabbau und wollen gleichzeitig die errungenen Rechte der Arbeiter und ihrer Vertrauensmänner in den Betrieben abbauen. Auf der ganzen Linie ist die Reaktion im Marsch. Da die Arbeiterschaft nicht gewillt ist, ihre Errungenschaften der Nachkriegszeit preiszugeben, büßte es in den nächsten Wochen zu schweren Auseinandersetzungen zwischen Kapital und Arbeit kommen.

Bei all diesen Schwierigkeiten hat sich der Internationale Metallarbeiterverband der Tschechoslowakei mit seiner Führung glänzend bewährt. Wurde doch auf dem letzten Verbandstag dem Vorstand das Vertrauen einstimmig ausgesprochen, obwohl die Aussprüche über die kommunistische Taktik den Vorstand als scharfen Gegner der kommunistischen Teilweihen erkennen ließ. Die zum Schutze der Organisation wegen Verbandsabteilung durchgeführten Ausschüsse wurden gegen 5 Stimmen gutgeheißen.

Besondere Beachtung widmet unser Verband dem Geseh über die Betriebsausschüsse. Drei Jahre besteht jetzt das Geseh und aus den gemachten Erfahrungen heraus sind eine Reihe Änderungsanträge entstanden. So ist zu fordern, daß Betriebsräte in allen Betrieben, die mindestens 20 Arbeitnehmer beschäftigen, zu wählen sind. Einstellungen und Entlassungen nur im Einvernehmen mit dem Betriebsrat erfolgen dürfen. Den Betriebsräten ist ein weitgehendes Mitbestimmungsrecht in allen Fragen der Produktion einzuräumen. Den Anregungen oder Anträgen der Betriebsräte auf Verbesserung des Betriebes, der Arbeitsmethoden u. dergl. muß, wenn deren Zweckmäßigkeit nachgewiesen werden kann, entsprochen werden. Monatlich einmal hat der Betriebsrat dem Betriebsrat genaue Berichte über die Lage des Betriebes zu erstatten. In allen Betrieben, für die ein Aufsichtsrat besteht, sind die Betriebsräte berechtigt, Delegierte in die Sitzungen des Aufsichtsrates zu entsenden. Alle sozialpolitischen, zum Wohle der Arbeitnehmer bestimmten Einrichtungen sollen direkt den Betriebsräten unterstellt werden. Die Schiedskommissionen sind entsprechend auszubauen und müssen Zwangscharakter erhalten.

Ein weiteres, äußerst wichtiges Gebiet ist die Bildungs- und Erziehungsarbeit. Hier bleibt unserm Verband noch viel zu tun übrig und sind dem Vorstand vom letzten Verbandstag weitgehende Vollmachten erteilt. Es ist ein ehrendes Zeichen für unsere junge Organisation, daß ihre Vertrauensmänner gewerkschaftlich schon so gut ausgebildet und zum Klassenkampf geschult sind, um die schwierigsten Aufgaben, die jemals einer Organisation gestellt waren, glatt erledigen zu können.

Der Norwegische Eisen- und Metallarbeiter-Verband 1921

Das vom Kollegen Halvord Olsen herausgegebene Jahrbuch unseres norwegischen Bruderverbandes weist in der einleitenden Übersicht über die Wirtschaftslage auf den Geschäftslageübergang hin, der im vorigen Jahre einsetzte, nachdem der während des Krieges begonnene Aufstieg im Jahre 1920 zum Stillstand gekommen war und sich in den anderen Industriezweigen in letztgenanntem Jahre schon steigende Arbeitslosigkeit bemerkbar gemacht hatte. 1921 setzte auch in der Metallindustrie eine Arbeitslosigkeit von solchem Umfange ein, wie man sich früher nicht hätte vorstellen können. Im Laufe des Jahres mußte der Verband 3 768 627,55 Kronen für Arbeitslosenunterstützung auszahlen. 1500 Kollegen wurden vollständig aus-gesteuert. Zum Vergleich kann man das Jahr 1914 herangezogen werden, wo bei Kriegsausbruch eine allgemeine Panik entstand. Damals mußten aber doch nur 100 070 Kronen ausgezahlt werden.

Die Unternehmer suchten diese Zeit natürlich zu ihrem Vorteil auszunützen und die Arbeitsbedingungen zu verschlechtern. Der Vorstand suchte diesen Bestrebungen durch Erweiterung der Arbeitslosenunterstützung von 90 auf 180 Tage entgegenzuwirken. Dies wurde dadurch möglich, daß der Verband, nachdem der Vorstand sich darum bemüht hatte, aus der Staatskasse zwei Drittel der Unterstützungs-erhöhung erhielt. Das weitere Drittel wurde durch Sonderbeiträge aufgebracht. Dies war natürlich eine große Zumutung an die Mitglieder und es erhoben sich Stimmen, die forderten, daß die Gewerkschaften die Arbeitslosenunterstützung aufheben und die Sorge für die Arbeitslosen der Allgemeinheit überlassen sollten. Der Vorstand konnte sich ungeachtet der Berechtigung der letzteren Forderung auf Aufhebung der Arbeitslosenunterstützung nicht verlassen.

Im Jahre 1920 waren die Verträge neu geregelt worden und man nahm damals an, daß sie bis 1922 laufen könnten und daß das Jahr 1921 sozusagen ein Friedensjahr sein werde. Statt dessen war dieses ein ausgeprägtes Kampfsjahr. Jede kleine Tarifrevision führte entweder zu einem Streik oder einer Ausperrung.

Die Erweiterung der Metallindustrie in den Jahren 1914 bis 1920 führte zu einer Steigerung der Mitgliederzahl. Am Anfang des vorigen Jahres hatte der Verband 20 955 Mitglieder. Am Ende des Jahres war diese Zahl zurückgegangen auf 14 555. Einen solchen Rückgang (30,5 v. H.) hatte der Verband bisher noch nie. Umherging hatte der Krieg eine so ungewöhnliche Ausdehnung der Industrie zur Folge, daß man unbedingt mit einem Rückschlag rechnen und von vornherein erwarren mußte, daß ein Teil der neu gewonnenen Arbeitskräfte die Industrie wieder verlassen werde. Das Jahrbuch sagt dazu ferner: "Aber selbst abgesehen davon, gibt es einen großen Teil der Abgeschwundenen, die den Grundlag der Solidarität verlassen haben, weil sie die auf sich genommenen Pflichten für zu groß hielten. Die große Schar der Abtrünnigen hat in die Geschichte des Verbandes ein dunkles Blatt gebracht." Im Laufe des Jahres traten ein 1920, 60 000 Strichen wurden 7554, ins Ausland gingen 83, zu einer anderen Tätigkeit gingen über 287, es starben 97, die Rechte rühten bei 155.

Bei den Lohnbewegungen ist zu beachten, daß nur die Winterjahre der Verträge im vorigen Jahre abließ. Die meisten Verträge liefen bis zum Jahre 1922. Es wurden 27 Verträge für 1780 Arbeiter abgeschlossen, von denen 1659 Mitglieder waren. Davon war ein Vertrag neu. Es fand dabei eine ausgerechnete jährliche Lohn-erhöhung von 44 000 Kronen statt. Dagegen mußten andere Kollegen eine ausgerechnete Lohn-erhöhung von 1 069 200 Kronen in den Kauf nehmen. Die Lohnkürzung macht 3 bis 20 v. H. des Zeitlohns aus und beträgt für das einzelne Mitglied 577 Kronen. Trotz der wichtigen Lohnbewegungen gingen doch 315 305 Tage durch Arbeitslosigkeit, Streik und verlorenen Arbeitstage verloren. Der Verlust der übrigen 150 000 Arbeitstage entstand dadurch, daß die Unternehmer die Gelegenheit nahmen, sich für den nach kommunistischem Rezept zugunsten der streikenden Seeleute unternommenen Großstreik recht günstig zu verhalten. Diese Folgen des Großstreiks kosteten an Unterstützungsbeiträgen 145 192,23 Kronen, ungefähr die Hälfte von der ganzen gefamten Unterstützung. Unter den Streiks war einer in den unorganisierten Betrieben von Kristianfund, der 1 1/2 Jahre dauerte. Ein Streik der Wagenschmiede von Samar dauert auch schon ein ganzes Jahr. In ganzem waren an dem Streiks beteiligt 21 992, davon 17 983 Arbeiter.

Die Einnahmen der Hauptklasse betragen mit Einschluß eines Bestandes von 10 870,47 Kr. 7 005 451,70 Kr. Davon mußten aber 140 000 Kr. dem Reservefonds entnommen werden. Ausgegeben wurden 7 004 717,13 Kr., so daß am Jahresende ein Bestand von 734,57 Kr. vorhanden war. Der Verband hatte am Ende des Jahres 134 örtliche Abteilungen. Die eigenen Einnahmen der Abteilungen betragen 226 923,46 Kr., die Ausgaben jedoch 277 441,54, so daß auch die Abteilungen einen Fehlbetrag aus ihrem Vermögen decken mußten.

Löhne und Preise in Polen

Die hier folgenden Zahlen stellen die täglichen Mindestlöhne von Warschau Metallarbeitern dar, wie sie in den Tarifen vom 1. Oktober ab geltend festgelegt sind. Die Stadtarbeiter können die täglichen Zeitlohnätze um 25 bis 50 v. H. überschreiten, doch wird die Grenze nach oben hin nicht streng eingehalten. Sämtliche Lohn- und Preisätze sind in polnischer Warte, wovon zurzeit (anfangs November) noch drei auf eine deutsche Warte gehen.

Arbeitslohn	Lebenshaltungskosten	Zusammen	
poln. Warte	poln. Warte	poln. Warte	
Ganbwerter, verheiratet	8912	1736	5048
ledig	8912	1104	4416
Angelernte, verheiratet	2206	1786	8944
ledig	2206	1104	8912
Zugelöhner, verheiratet	1848	1786	8584
ledig	1848	1104	8968
Frauen, verheiratet	1552	1658	8208
ledig	1552	1016	8568
Jugendliche, ungelernete (15-18 Jahre)	1804	520	1824
Lehrlinge, 1. Jahr	618	512	1128
2. "	1048	520	1868
3. "	1616	536	2152

Um die Löhne auf ihren Realwert bringen zu können, lassen wir nun die Preise der wichtigsten Lebensmittel und Mietungsmittel folgen. Diese Preise stammen gleichfalls aus Warschau. Wohnungsmieten sind, etwa wie in Deutschland, durch Geseh auf den Stand der Kriegszeit gehalten. Der eine Wohnung noch von früher her hat, wohnt verhältnismäßig billig, wer keine hat und als Untermieter Unterstützung zu nehmen gezwungen ist, hat Beiträge zu entrichten, die an Realwert die Grenzen, weil die Wohnungsnot dort eher noch schlimmer ist, als bei uns. Es kostet:

Brot	das Kilo 800-1000	poln. Warte
Speck		8200
Kartoffeln		84
Butter		8400
Brot		850
Knoggenmehl		820
Zucker		1100
Salz		100
Getreide		850
Kohle	100 Kilo	8000
Milch	das Liter	850
Eier	Stück	80
Sonntagsausgang		80000
Überzieher, wattert		85000
Schuhe		16000

Internationaler Baugildenfongress

K. Nachdem in Leipzig die Vorarbeiten erledigt worden waren, konnte der jetzt in Wien tagende Kongress der sozialisierten Baubetriebe bereits praktische Arbeit leisten. Von den vertretenen Ländern wurden aus Schweden, der Schweiz, Dänemark, Palästina, Tschechoslowakei, Holland, Luxemburg, Frankreich und Deutschland Berichte vorgelegt, die beweisen, daß der Gedanke überall marschiert.

Ellinger (Berlin) gibt eine Darstellung dessen, was in den einzelnen Ländern geschehen ist, besonders die Tschechoslowakei, Deutschland, Palästina und die Schweiz sind weit voran und in der Zielsetzung am sichersten.

Dr. Wagner (Berlin) bespricht die Baugildnenbewegung in ihren wirtschaftlichen und politischen Auswirkungen. Die Gilde wollen hochwertige Arbeit leisten, den technischen Fortschritt ausbilden, die Handarbeit durch die Maschine ersetzen, Kohle, Wasser und Wind am Bau mitverwenden, um den Menschen zu entlasten. Die Fähigkeiten Räfte müßten international arbeiten, die Gilde sich zusammenzuschließen. Der Redner teilte mit, daß die russische Sowjetregierung sich weigere, den sozialisierten Baubetrieben Holz zu liefern, sie verlaufe nur an Privatkapitalisten.

Aus den verschiedensten Erwägungen empfiehlt Wagner die Gründung eines internationalen Baugildnenverbandes mit Anknüpfung an die Bauarbeiterinternationale. Zur Finanzierung soll % vom Lausend der Jahreslohnsumme als Beitrag abgeführt werden, dafür sollen Kundstifte erteilt, ein Blatt herausgegeben, die „Baugilden-Union“, die Landesorganisationen unterstützt werden usw.

Die Engländer sind der Baugildnenbewegung gegenüber sehr pessimistisch, doch seien sie keine Gegner der Bewegung. In England sei erst 1 v. H. der Arbeiter in den Gilde beschäftigt. Kenratz (Wien) spricht über die Möglichkeit, die gesamte Wirtschaft durch die Baubetriebe anzuregen.

Der Vertreter von Palästina schließt sich den deutschen in jeder Beziehung an, mit englischen Sympathieerklärungen allein sei nicht gedient. Auch Hausmann von der Tschechoslowakei stellt sich auf diesen Standpunkt. Die Italiener sind mit der Gründung des Verbandes einverstanden. In Italien seien 1900 Bauarbeitergewerkschaften, die um % für den Wiederaufbau arbeiten.

Die meisten Vänder erklärten sich für den internationalen Baugildnenverband, der als Erfolg der Tagung dann mit großer Mehrheit gegründet wurde.

Der internationale Metallarbeiter-Verband in der Tschechoslowakei

Von Wilhelm Weigel, Romotax

Der tschechoslowakische Bruderverband gilt als das jüngste Glied in der eisernen Internationale, das sich durch seine Kämpfe und Erfolge bereits Achtung verschafft hat. Der Verband ist ein Produkt der Revolution, entstanden nach dem Zusammenbruch der alten kaiserlich-königlichen Monarchie. Die Kollegen, die heute in unserem Verband organisiert sind, waren bis zum Zusammenbruch Mitglieder des kaiserlich-königlichen Bruderverbandes. Es wurden in diesem Verbande alle Überlieferungen nach und diesen ist es zuzuschreiben, daß trotz der nationalen Hochflut aus den Trümmern und Resten des alten Verbandes eine neue, internationale gestimmte Organisation entstand. Alle Metallarbeiter der tschechoslowakischen Grenzgebiete haben sich unserm Verband als Mitglieder angeschlossen.

Der Verband hat Schwere überwinden müssen. Die Unternehmer, die seit jeher nichts anderes als absolute Metalleherrschaft in den Betrieben wollten und die jede Einsicht in das Lohn- und Arbeitsverhältnis ablehnten, mußten der neuen Zeit entsprechend erzogen werden. Das war nicht immer leicht und oftmals mußte ihnen gezeigt

